

Sozialdemokratischer Pressedienst

Chefredakteur:
Helmut G. Schmidt
Heussallee 2-10, 5300 Bonn 1

Postfach: 12 04 08
Telefon: (02 28) 21 90 38/39
Telex: 8 88 846 pppn d



Inhalt

39. Jahrgang / 127

5. Juli 1984

Karl Weinhofer MdB, Mitglied im Ausschuß für Arbeit und Sozialordnung des Deutschen Bundestages, analysiert den Verfall der FDP: Am Tropf der CSU.

Seite 1

Heinz Rapp MdB bilanziert die Erfahrungen mit Weltbank und IWF: 40 Jahre danach - ein neues Bretton Woods?

Seite 4

Robert Antretter MdB, Mitglied des Arbeitsbereiches Umweltschutz der SPD-Bundestagsfraktion, kommentiert die umweltpolitischen Nicht-Entscheidungen der Bundesregierung: Zu lebenswichtigen Fragen nur Propaganda.

Seite 7

Die FDP am Tropf der bayerischen CSU

Zum Zustand der Genscher-Partei

Von Karl Weinhofer MdB
Mitglied im Ausschuß für Arbeit und Sozialordnung des Deutschen Bundestages

Es gibt Unfälle und es gibt schleichende, zum Teil unheilbare Krankheiten. In beiden Fällen wird der Patient an den Tropf gehängt. Der Patient FDP ist von einer solchen schleichenden, manchmal unheilbaren Krankheit befallen: der Schwindsucht. Und so hat man auch die FDP an den Tropf gehängt, an den der bayerischen CSU.

Das Überleben, oder sollte man nicht besser sagen: das Dahinvegetieren der FDP in dieser Bundesregierung ist fest und unmittelbar an die CSU geknüpft, an die Frage, wie der Marsch des großen Machers von München nach Bonn gestoppt werden kann. Daß die FDP als Partei nicht alleine lebensfähig ist, haben die Wahlen seit dem 6. März 1983 nur zu eindrucksvoll bewiesen. In einem Akt politischen Machtkalküls aber auch der Gnade schleppten CSU und CDU diese marode, fußkranke Gesellschaft noch einmal in den Bundestag. Alle ernsthaften Repräsentativumfragen vor dieser Wahl gaben ihr gerade noch um die drei Prozent.

Die nachfolgenden Landtagswahlen bewiesen dann auch sehr schnell, daß die ambitionierte Nachwuchsriege hinter Genscher weder genügend Format hat, noch über intakte Parteiorganisationen, geschweige denn über Programme verfügt, die einen Einzug in die Länderparlamente hätten bewirken können. Es gibt halt schon eine größere Partei, die vollen Kurs auf den Unternehmerstaat steuert. Und auch der neue Mann, der Dampfmacher für Europa, hat sich mit seinem Ergebnis unter fünf Prozent eher als Luftblasenpuster erwiesen.



Aus einer Partei der Dauerbremse, die in der sozialliberalen Koalition beständig mit Maximalforderungen operieren konnte, ist nun eine gerade noch geduldete Mehrheitsbeschafferin von fremden Gnaden geworden. Wann hat es das schon einmal gegeben, daß eine Partei (FDP) mit einer anderen (CSU) koalitiert, deren Vorsitzender Strauß sie der "Charakterlumpigkeit" zeihnt, sie eine "Umfaller-Partei" schimpft, ihren (Noch)Vorsitzenden einen "armenischen Teppichhändler" nennt und über ihren (ehemaligen) zweiten Vorzeigeminister Lambsdorff ungestraft sagen kann: "Der Herr war mit dem Mund immer größer als mit den Taten." So degeneriert eine Partei, die selbst nur noch eine schlappe Umhüllung des Nichts darstellt, und der gerade noch durch kräftiges Aufblasen aus bayerischen Lungen zum prallen Schein einer lebendigen Existenz verholphen werden kann.

Selten hat eine Partei ein solches Sammelsurium von Skandalministern und farblosen Gestalten in ein Regierungskabinett geschickt.

Fangen wir an der Spitze an: Außenminister Genscher. In jedem unserer Nachbarländer hätte ein solcher Vertrauensbruch am Wähler, wie ihn Genscher im September 1982 vollzogen hat, dessen "Kopf" gekostet. Aber er darf weiter auf Kosten des Steuerzahlers durch die Länder dieser Welt reisen, obwohl die entscheidenden außenpolitischen Initiativen nicht aus seinem Ministerium, sondern von München ausgingen. Mittlerweile darf offen darüber spekuliert werden, ob man Genscher nach Brüssel abschieben soll, damit der Platz für Strauß endlich frei wird.

Noch schlimmer wird's beim sogenannten "zweiten" Mann der FDP im Wirtschaftsministerium. Wo Strauß recht hat, hat er recht. Beim Lambsdorffschen Gewurschtel in seiner Amtsführung ist wohl auch für Germanisten offenkundig geworden, welche Wurzel der Begriff FLICKschusterei hat. Quälend lange mußte die Öffentlichkeit auf die Ablösung dieses Spenden- und Skandalministers warten.

Daß man aber dem Europaschiffbrüchigen Bengemann, einem wirtschaftspolitischen Newcomer, diesen Posten als Wiedergutmachung für den entgangenen Europasessel offerierte, beweist zum einen schlagend den personalpolitischen Engpaß der FDP, aber auch, daß die Wirtschaftspolitik weitgehend im Bundesfinanzministerium mitverwaltet wird.



Justizminister Engelhard müßte der deutschen Öffentlichkeit erst noch vorgestellt werden. Kaum ein Minister vor ihm hat sich so die Kompetenzen und Initiativen aus der Hand nehmen lassen. Die geplante Legalisierung des Rechtsbruchs durch das Amnestiegesetz lief ebenso an ihm vorbei wie die Initiative zu Änderungen im Demonstrationsstrafrecht. Auch hier gab der Bayer Zimmermann den Ton an.

Staatsminister Möllemann schließlich steht gerade erst wieder im Blickpunkt der Öffentlichkeit - aber nicht nur wegen seines angegriffenen Gesundheitszustands, sondern auch wegen des noch nicht geklärten Vorwurfs des Amtsmißbrauchs. Zudem ist er bereits innerparteilich kräftig demontiert worden. Er soll zwar seine Partei in den wohl wichtigsten Landtagswahlkampf führen, bekam für diese Aufgabe aber das schlechteste Ergebnis bei den Parteivorstandswahlen mit auf den Weg.

Was danach kommt, die vielbeschworene Nachwuchsriege, verbreitet nur gähnende Langeweile. Von sozial orientiertem Liberalismus, von sorgsamem Behüten liberaler Rechtsstaatlichkeit sind kaum noch Spuren zu finden. Bundeskanzler Kohl hat denn für seinen gehätschelten Juniorpartner auch nichts als Gesundheitsbeterei zu bieten. Aber die hat schon in der Vergangenheit keinem Schwindsüchtigen geholfen.

Bleibt ein echtes Kurieren aus, tritt der schnelle Tod ein. Daß man dies in München als realistische Alternative mit ins Kalkül zieht, zeigt die vor Spott und Hämie tiefende Bemerkung Tandler nach der Europawahl: "Wir haben schon Trauergesänge angestimmt." Man weiß eben, daß das Abstellen des Tropfes der künstlichen Lebensverlängerung ein Ende setzt. Schließlich würde dies auch nicht dem Liberalismus, sondern nur einer immer überflüssiger werdenden Partei das Lebenslicht ausblasen. Die FDP ist schon kein wesentlicher Faktor mehr in Bonn. Es ist, wie CSU-Landesgruppenchef Waigel sagt: "Die FDP kann für uns ein wichtiger Koalitionspartner sein." Nochmals: sie ist es schon nicht mehr, sie kann es irgendwann mal wieder sein! Und das wird in sehr geringem Maße von der FDP und ihren Wünschen abhängen.

(-/5.7.1984/ks/rs)

+ + +



40 Jahre danach - ein neues Bretton Woods?

Aus den Erfahrungen mit Weltbank und IMF sind tiefgreifende Lehren zu ziehen

Von Heinz Rapp MdB

1. Als am 1. Juli 1944 die Vertreter von 45 Staaten in Bretton Woods im US-Staat New Hampshire eine Weltwährungsordnung für die Nachkriegszeit errichteten, haben Perspektiven und Prioritäten noch gestimmt: Ziel war es, ein vom Freihandel bestimmtes Weltwirtschaftssystem zu organisieren; Mittel dazu sollte eine Gestaltung der Währungsbeziehungen sein, die die freie Entfaltung der internationalen Arbeitsteilung förderte, jedenfalls nicht störte und behinderte. Das (aus der Havanna-Charta von 1947 entwickelte) Allgemeine Zoll- und Handelsabkommen (GATT) beschreibt in der Perspektive der weltweiten Verbesserung und Sicherung der Beschäftigungssituation wie auch der Erhöhung der Realeinkommen die primäre Aufgabe einer zügigen Handelsliberalisierung; der Internationale Währungsfonds (IMF) sollte in einem System der festen, aber anpassungsfähigen Wechselkurse die monetäre Flanke des freien Handels sichern. Den Instituten der Weltbankgruppe war zgedacht, über die Finanzierung zeitweiliger Zahlungsbilanzdefizite (IMF) hinaus den zum freien Handel noch nicht befähigten Ländern finanzielle und andere Hilfe zur wirtschaftlichen Entwicklung zu leisten.

40 Jahre später könnte man meinen, Perspektiven und Prioritäten hätten sich umgekehrt. Die Währungs- und Finanzierungsproblematik - vor allem die Verschuldenssituation - beherrscht die Schlagzeilen, viel weniger ins allgemeine Bewußtsein gedrungen ist, daß allzuvielen Staaten den Handel manipulieren, umso vermeintlich mit ihren Zahlungsbilanz-, Finanzierungs- und Währungsproblemen besser fertig zu werden. Das gilt nicht nur für die inzwischen hochverschuldeten Entwicklungs- und Schwellenländer, sondern auch zum Beispiel für die extern wie intern defizitären USA, im Agrarbereich sogar für die EG. Wirtschafts-"Ordnung" herrscht, wenn die monetären Prozesse und Aggregate (internationale Liquidität, Kapitalverkehr, Zins- und Wechselkursbildung, Währungssystem), deren realwirtschaftlichen Prozessen und Aggregaten (Erzeugung, Verteilung und Verwendung des "Wohlstands der Nationen"; Produktion, Handel, Arbeitsteilung und Entwicklung) dienend förderlich zugeordnet sind; ein Zustand ist "Unordnung" zu nennen, in dem die monetären Elemente sich von den realwirtschaftlichen abgelöst und so verselbständigt haben, daß sie die realwirtschaftlichen formen und verformen. Und es herrscht Unordnung in der Weltwirtschaft.

2. Hier soll nicht detailliert der historische Hergang nachgezeichnet werden, es ist das in diesen Tagen vielfältig geschehen. In Kürze nur dies:

Das Bretton Woods-System der festen, aber anpassungsfähigen Wechselkurse mußte scheitern, als die USA in der Folge des Vietnam-Kriegs ihre Wirtschaft inflatierten: Die Leitwährungsfunktion des Dollars brachte es ja mit sich, daß die USA bei administrierten Wechselkursen ihre internationalen Verbindlichkeiten sozusagen mit selbergemachtem Geld bezahlen konnten. Als dadurch die Partnerstaaten der USA die Herrschaft über ihr nationales Geld verloren und damit die Preisstabilität einbüßten, war es ein Akt der Notwehr, im Jahre 1973 zur freien Kursbildung des Dollars an den Devisenmärkten überzugehen. Regierung und Zentralbank der USA lassen auch heute - derzeit mit Folgen für das internationale Zinsniveau und damit für die Beschäftigung - keinen Zweifel daran, daß sie für ihre Währung, für den Wechselkurs des Dollars, internationale Verantwortung nicht übernehmen. Zum Sozialprodukt trägt der Außenhandel der USA zehn Prozent, der Belgiens etwa 60 Prozent, der der Bundesrepublik 27 Prozent bei: Das erklärt manches, entschuldigt aber nichts.



Die freischwankenden Wechselkurse haben nur in Teilbereichen gehalten, was man sich von ihnen versprach. Nach den Lehrbüchern hätten sie die Kaufkraftparitäten spiegeln sollen, nun aber setzt zum Beispiel die Differenz der Zinssätze zu den USA wechselkursbestimmend täglich riesige Volumina an Liquidität und Kapital in Gang. Die Kurserwartungen sind stärker wechselkursbestimmend als die realwirtschaftlichen Grunddaten. So treiben die Devisenmärkte weitgehend führungslos dahin, der Devisenspekulation preisgegeben. Politische Instabilitäten sind gravierender als Zahlungsbilanzdaten. Verstärkt hat sich das alles ins schier Maßlose durch die beiden Ölpreisschocks: Bei weltweitgehend unelastischer Nachfrage nach Erdöl haben sich viele Staaten nicht in der Lage gesehen oder auch die Kraft und die Weitsicht nicht aufgebracht, sich anderwärts einzuschränken - vielmehr wurden die Finanzlücken vieler Ölverbrauchender Länder durch Kredite international tätiger Banken überbrückt. Zum reibungslosen "Recycling der Petro-Dollars" - damals viel gerühmt - hat die rasante Entwicklung exterritorialer Geldmärkte in Luxemburg, auf den Bahamas und anderswo beigetragen: Auf ein und demselben Eigenkapital bauten die dort operierenden Banken mehrfache Kreditpyramiden auf, die internationale Liquidität geriet außer Kontrolle und mit ihr der freie Wechselkurs. Kommt noch hinzu, daß mittlerweile auch die USA ein gewaltiges Leistungsbilanzdefizit aufweisen: Die an sich normale internationale Struktur der Leistungsbilanz, bei der die Industriestaaten Überschüsse haben und daraus den Entwicklungsländern Kredite zur Finanzierung ihrer Defizite gewähren, ist dahin. Wachsender Protektionismus, zunehmende Beeinträchtigung des freien Handels sind die Folge.

In der Europäischen Gemeinschaft betrachten sieben Regierungen und Zentralbanken die Wechselkurse als "gemeinsames Anliegen" - dies ist die bündigste Umschreibung des Europäischen Währungssystems (EWS). Hier hat "ein Stück Bretton Woods" gerettet werden können - perfekt ist auch das EWS nicht, solange nicht, als die Konvergenz der nationalen Wirtschafts- und Finanzpolitiken zu wünschen übrig läßt. Es ist ein Lichtblick, daß es da in letzter Zeit deutliche Fortschritte gegeben hat.

Vom Bretton Woods-System aber, das in Verbindung mit Marshall-Plan und GATT gewiß entscheidend zur ungeheueren Entfaltung der Weltwirtschaft nach dem Kriege beigetragen hat, sind zwei mächtige internationale Institutionen übriggeblieben: IWF und Weltbankgruppe. Sie haben sich erstaunlich flexibel an die Veränderungen der Weltwirtschaft angepaßt - ihre Hauptaufgabe aber hat sich doch mehr und mehr darauf verengt, Dreh- und Angelpunkt der internationalen Schuldenkrise zu sein. Für 40 am Rande des Bankrotts wirtschaftende Länder ist der IWF mit seiner oft unsensiblen, Überhart, auch entwicklungsstörend und tief in die wirtschaftlichen und sozialen Strukturen der Schuldnerländer einschneidenden Konditionenpolitik zum Zuchtmeister, zu einer Art Nebenregierung geworden: Mehr als eine "reguläre" Regierung ist darob gescheitert.

3. Niemand steigt zweimal in den selben Fluß - die Verhältnisse haben sich zu grundlegend geändert, als daß der immer lauter werdende Ruf nach einem "neuen Bretton Woods" all zu wörtlich genommen werden dürfte. 40 Jahre danach aber werden einige Lehren zu ziehen sein:
 - in monetärer Hinsicht: Eine internationale Währungsordnung, die zwar die Defizitländer mit Zuckerbrot und Peitsche zu systemgerechtem Handeln zwingt, den Überschußländern aber keinerlei Verantwortung für das Währungssystem auferlegt, kann



auf Dauer nicht funktionieren.

Last und Lust der Leitwährungsfunktion müssen auf mehrere Schultern verteilt werden.

Exterritoriale Geldmärkte müssen in die kreditpolitische Disziplin genommen werden (bei uns das Hauptanliegen der Novelle zum Kreditwesengesetz KWG).

- in realwirtschaftlicher Hinsicht: Die Vergeudung und Vernichtung des "Wohlstands der Nationen" durch die wahnsinnige Rüstung hält natürlich überhaupt kein System aus. Gewiß hat der IWF keine Reichweite in den Ost-West-Konflikt hinein: Warum aber nicht die Konditionenpolitik zur Rüstungsbegrenzung dort einsetzen, wohin der Einfluß reicht?

Bretton Woods, GATT und Marshall-Plan bildeten eine Einheit, haben gemeinsam die Erfolge der Nachkriegszeit ermöglicht. Die Zeit ist reif zu einem Marshall-Plan für die Dritte Welt.

- Aktuell: Was soll man davon halten, wenn der deutsche Bundeskanzler in diesen Tagen mit der erklärten Absicht nach Südamerika reist, dort über die Schuldenkrise nicht zu reden? Wer sich die Lösung der Probleme aus dem Verzicht auf Politik verspricht, gar den Verzicht auf Politik für die Voraussetzung marktwirtschaftlicher Problemlösung hält, hat seine Lektion weder aus dem Marshall-Plan noch aus den "40 Jahren nach Bretton Woods" gelernt. (-/5.7.1984/bgy/rs)

+ + +



Spätestens dann muß Tempo 100 her ...

Das Waldsterben wartet nicht, bis endlich der Katalysator kommt

Von Robert Antretter MdB

Mitglied des Arbeitsbereiches Umweltschutz der SPD-Bundestagsfraktion

Nun haben wir es also amtlich. Mit seinen umweltpolitischen Nicht-Entscheidungen in der letzten Sitzung vor der Sommerpause hat das Kabinett Kohl erneut bewiesen, daß es selbst in Fragen, die unsere Lebensgrundlagen betreffen, nur von Propaganda lebt. Die monatelangen Ankündigungen des Bundesinnenministers, ab 1. Januar 1986 die Abgaswerte drastisch zu reduzieren, waren leere Versprechungen.

Nachdem die Münchener Konferenz der europäischen Umweltminister Maßnahmen zur Schadstoffbegrenzung bis 1995 hinausgezögert hat, legt jetzt auch die Bundesregierung den Rückwärtsgang ein. Lediglich durch finanzielle Anreize will man erreichen, daß die Bürger auf abgasarme Katalysatorautos umsteigen. Nicht einmal die Prämie, die als zusätzliche Kaufhilfe gedacht war, hat Zimmermann gegen Stoltenberg durchsetzen können. Auch darüber ist die Entscheidung vertagt worden.

Und dabei sind der Regierung Kohl so gut wie uns die Unterlagen über das dramatische Ausmaß des Waldsterbens bekannt. Die Regierung weiß auch, daß der Katalysator eine wirksame Möglichkeit ist, die Stickoxide als einen der beiden Hauptverursacher des Waldsterbens um 90 Prozent zu reduzieren. Wer die katastrophale Dimension des Waldsterbens kennt und keine Sofortmaßnahmen ergreift, der handelt im wahrsten Sinne verantwortungslos. Er muß damit jenen Kräften Auftrieb geben, die es immer schon gewußt haben, daß die demokratische Ordnung unfähig ist, Überlebensfragen zu bewältigen.

Eines ist jedenfalls klar: Wenn in der Bundesrepublik bis zum 1. Januar 1986 der Katalysator nicht kommt, obwohl seit über zehn Jahren in USA und Japan kein Auto ohne Katalysator mehr zugelassen wird, dann gibt es spätestens zu diesem Zeitpunkt keine Alternative mehr zu radikalen Geschwindigkeitsbegrenzungen. Spätestens dann muß Tempo 100 auf den Autobahnen und Tempo 80 auf Bundes- und Landstraßen eingeführt werden. Damit würde der Ausstoß an Stickoxiden um mindestens 20 Prozent verringert.

Die Bürger nehmen es der Autoindustrie nicht länger ab, daß die deutschen Firmen, die nach Eigenwerbung die besten, die schnellsten und komfortabelsten Autos bauen können, bei der Umstellung der Produktion auf den Katalysator 25 Jahre länger brauchen sollen als die amerikanische oder japanische Konkurrenz. Daher muß sich die Bundesregierung gegen die Automobillobby durchsetzen. Sie kann im Übrigen durchaus einen deutschen Alleingang riskieren. Wenn es nämlich gilt, Schaden von der Gesundheit des eigenen Volkes abzuwenden, dann ist keine Nation an EG-Beschlüsse gebunden. Mit dem dramatischen Ausmaß des Waldsterbens, den zunehmenden Fällen von Pseudokrupp und der Säuglingssterblichkeit scheint genau dieser Schaden jetzt schon eingetreten zu sein.

(-/5.7.1984/ks/rs)

+ + +

